

ZUM 2. JAHRESTAG DES ANSCHLAGS IN HANAU

**„Die Lage hat sich
noch verschärft:
Hanau darf sich
nicht wiederholen!“**

- Bildungsstätte Anne Frank und Beratungsstelle response fordern ein Umdenken im Kampf gegen rechten Terror. Es braucht deutliche Signale von Politik, Justiz, Behörden und Medien.
- Meron Mendel: „Die Tat von Hanau war kein Einzelfall – Radikalisierungsbiografien werden immer von gesellschaftlichen Diskursen befeuert.“
- Liisa Pärssinen (response): „Die Angehörigen müssen neben der Traumaverarbeitung auch noch politische Aufklärungsarbeit leisten. Zugleich klafft in Hessen eine Versorgungslücke für Betroffene rechten Terrors.“

Zwei Jahre nach dem Anschlag von Hanau mit neun Toten aus rassistischen Motiven fordern die Bildungsstätte Anne Frank und die hessische Beratungsstelle response für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt ein Umdenken im Kampf gegen rechten Terror.

„In diesen Tagen sind unsere Gedanken bei den Angehörigen der Opfer und Überlebenden des Anschlags, die unbeschreibliches Leid erfahren haben. Umso bewundernswerter ist die Kraft, die sie in den letzten zwei Jahren aufgebracht haben, um das Gedenken an die Ermordeten wach zu halten sowie politische Konsequenzen und die Aufklärung der Tatumstände einzufordern“, sagt Prof. Dr. Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank.

Grund zur Entwarnung sieht Mendel nicht: „Wir müssen leider feststellen, dass sich seit den rechtsextremen Attentaten von Halle und Hanau und dem Mord an Walter Lübcke die gesellschaftliche Situation noch verschärft hat: Im Zuge der Corona-Pandemie hat sich die verschwörungsideologische Szene radikalisiert, Rechtsextreme mischen mit, antisemitische und rassistische Ressentiments machen die Runde – egal ob auf Demos, bei YouTube oder in Chatgruppen bei Telegram“, so Mendel weiter. Beim Attentäter von Hanau hatten Wahnvorstellungen, Verfolgungsphantasien und ein rassistisches Weltbild wohl zu den Morden geführt, zu diesem Schluss kommt das psychiatrische Gutachten, das kürzlich vor dem Untersuchungsausschuss im hessischen Landtag vorgestellt wurde. „Wir dürfen das Attentat von Hanau unter keinen Umständen als Einzelfall abzutun, sonst haben wir aus dieser Tat rein gar nichts gelernt: Solche Radikalisierungsbiographien entwickeln sich niemals isoliert, sondern werden immer von gesellschaftlichen Diskursen genährt und befeuert“, sagt Meron Mendel. Diesen Zusammenhang hatte auch der Gutachter im Fall des Hanau-Attentäters betont.

„Wir fordern Politik, Justiz, Sicherheitsbehörden, Medien und die gesamte Gesellschaft dazu auf, den Kampf gegen menschenfeindliche Ideologien und rechten Terror zu intensivieren – und alles zu tun, damit sich Hanau nicht wiederholt“, sagt Mendel. Einige Erwartungen setzt Mendel in den von der neuen **Bundesinnenministerin Faeser** diese Woche **angekündigten Aktionsplan gegen Rechtsextremismus**, der u.a. eine Verschärfung des Waffenrechts vorsieht. Damit könne eine Grundlage geschaffen werden, Rechtsextremen die Waffen zu entziehen, sagt Mendel. Der Hanau-Attentäter war im Schützenverein aktiv, hatte an Schießübungen teilgenommen und mehrere Pistolen erwerben können, obwohl er bereits aktenkundig war, rassistische Botschaften auf seiner Website veröffentlichte und er alarmierende Briefe an Politik, Behörden und die Generalbundesanwaltschaft verschickte. **Aber alle Verschärfungen und Repressionen helfen natürlich nicht, wenn das Personal in den Behörden nicht ausreichend geschult ist, um antisemitische und rassistische Codes zu erkennen und entsprechend zu verfolgen – oder wenn es sogar selbst antidemokratisches Gedankengut hegt, wie der Fall des hessischen Polizeiskandals (NSU 2.0) gezeigt hat, bemerkt Mendel.** Die Innenministerin sei gefordert, auch den Kampf gegen Rechtsextremismus in den eigenen Reihen anzugehen.

„Es reicht auch nicht, im Kampf gegen rechten Terror allein auf die Exekutive zu setzen. Wir müssen als Gesellschaft wachsam sein, flächendeckend in Bildungsprojekte investieren und als Demokrat*innen deutliche Signale setzen, dass wir für eine offene, vielfältige Gesellschaft eintreten und menschenfeindliche Ideologien nicht dulden. **Der Flirt bürgerlicher Parteipolitiker*innen mit den Positionen der AfD ist dann genau so ausgeschlossen wie die gezielten Provokationen und Diskursverletzungen, die in den Redaktionen mancher Medien im Sinne des kurzfristigen Erfolgs beim Clickbaiting durchgewunken werden**“, fordert Mendel.

„Die **Morde von Hanau sind als Botschaftstat zu lesen**, die sich an ganz bestimmte Gruppen und Communities richtet – das hallt bis heute vielfach nach und hat zu einer **massiven Erschütterung des Zugehörigkeits- und Sicherheitsgefühl** geführt“, sagt Liisa Pärssinen, Leiterin der in der Bildungsstätte angesiedelten Beratungsstelle response. Nicht nur das Attentat von Hanau, auch der Anschlag kurz zuvor in Halle war eine derartige Botschaftstat. Beide Täter wählten ihre Ziele bewusst: die Synagoge der Stadt Halle, in Hanau suchte sich der Täter gezielt Menschen und Orte wie zum Beispiel eine Shishabar aus, an denen Schwarze und Menschen of Color auch deshalb oft ihre Freizeit verbringen, weil sie an anderen Orten aus rassistischen Gründen nicht immer willkommen sind. Menschen mit Migrationsbiografie, Jüdinnen und Juden und nicht-weißen Personen sollte unmissverständlich signalisiert werden, sie seien als Teil dieser Gesellschaft nicht geduldet.

Die Bildungsstätte Anne Frank und response sehen es als ein starkes und über den Fall Hanau hinausweisendes Signal an andere Betroffene, aber auch an Unterstützer*innen, dass die Angehörigen der Mordopfer zusammen mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen wie der Initiative 19. Februar bereits einiges bewegen konnten. Dass sie den aktuell laufenden Untersuchungsausschuss in Wiesbaden mit ihren Aussagen, Forderungen und kritischen Nachfragen eröffnen konnten, ist in dieser Form ein Novum. Dazu gehört auch, dass sie darüber hinaus die Vernetzung in Hessen und bundesweit sowie die Aufklärung der Tatumstände vorantreiben und sich gegen Rassismus in der Gesellschaft einsetzen – etwa mit der von der Mutter eines Ermordeten gegründete Bildungsinitiative Ferhat Unvar, deren Personal von der Bildungsstätte geschult wurde.

„**Es sollte zu denken geben, dass die Überlebenden und Angehörigen, die ein unfassbares Trauma zu verarbeiten haben, selbst zusätzlich Aufklärungsarbeit leisten – und diese leisten müssen. Sie sehen sich vielfältigen sozialen und finanziellen Herausforderungen gegenüber.** Gerade diese finanzielle Belastung besteht auch jetzt, zwei Jahre später, fort. Und gleichzeitig müssen sie selbst immer wieder dafür sorgen, dass die Namen der Ermordeten nicht vergessen werden, dass sie Antworten erhalten, dass Konsequenzen gezogen werden“, sagt Liisa Pärssinen von response, die als erste Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Hessen die Überlebenden und Angehörigen begleitet und unterstützt.

„Die letzten zwei Jahre zeigen deutlich, dass **es in Hessen eine Versorgungslücke gibt, was die langfristige Versorgung von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt betrifft. Es braucht unbürokratische, niedrigschwellige und besonders traumasensible Angebote und finanzielle Hilfsstrukturen**“, sagt Pärssinen. Auch zwei Jahre nach dem rechtsterroristischen Anschlag müssen die Betroffenen sich mit Anträgen für medizinische Reha, Erwerbsminderungsrenten, Opferentschädigungsleistungen, Sozialleistungen, Begutachtungen und vieles mehr quälen. „Die Einrichtung eines Opferfonds Ende 2021, aus dem bereits erste Zahlungen an Angehörige der Mordopfer von Hanau gegangen sind, begrüßen wir. Solche schnellen und unbürokratischen Hilfen haben in Zukunft eine große Entlastungsfunktion. Jedoch gibt es noch eine große Anzahl an Überlebenden, die auf die Bearbeitung ihrer Anträge warten – und zum jetzigen Zeitpunkt ist uns noch nicht klar, wie schnell und unkompliziert die Summen ausgezahlt werden. Weiterhin bleibt es bedauerlich, dass dieser Fonds nicht speziell auf Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt ausgerichtet ist“, so Pärssinen.

Dabei ist gerade dies von Nöten: Die Erfahrungen aus der Betroffenenberatung und -begleitung zeigten, dass langwierige und aufwendige bürokratische Prozesse – wie etwa im Rahmen des Opferentschädigungsgesetzes mit seiner Fülle an geforderten Nachweisen – einen zusätzlichen Stressfaktor bedeuten. „Innerhalb der Behörden fehlt es an Traumasensibilität und einer rassistis- und antisemitismuskritischen Haltung – diese Mängel anzugehen, ist überfällig“, sagt Liisa Pärssinen.

Bei dem rassistisch und rechtsextrem motivierten Anschlag in Hanau am 19. Februar 2020 wurden neun Menschen getötet. Ihre Namen sind: Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüç, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov.

Bildungsstätte Anne Frank – Zentrum für politische Bildung & Beratung

Als Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen mit Standorten in Frankfurt/Main und Kassel entwickelt die Bildungsstätte Anne Frank innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene gegen Antisemitismus, Rassismus und verschiedene Formen von Diskriminierung zu sensibilisieren – und für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken.

Die einzige Opferberatungsstelle Hessens ist in der Bildungsstätte Anne Frank angesiedelt: response unterstützt Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Auf dem Meldeportal [hessenschauthin.de](https://www.hessenschauthin.de) können rechte und rassistische Vorfälle gemeldet werden. Das ebenfalls in der Bildungsstätte Anne Frank angesiedelte ADiBe-Netzwerk berät hessenweit Menschen, die Diskriminierung erfahren haben.

Als Teil des Kompetenznetzwerk Antisemitismus (Kompas) gehört die Bildungsstätte Anne Frank zu den fünf bundesweit tätigen Organisationen mit langjähriger Erfahrung in der Antisemitismusprävention, der antisemitismuskritische Bildungsarbeit und der Beratung von Betroffenen sowie der Dokumentation und Analyse antisemitischer Vorfälle.

Die Bildungsstätte Anne Frank vernetzt verschiedene Gruppen und Communities und bringt sie miteinander ins Gespräch – im Rahmen von wechselnden Sonderausstellungen, öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen sowie Konferenzen und Fachtagen.

#HessenSchautHin

Eva Berendsen
Ansprechpartnerin für
die Presse

T. (+49)69 560 00 - 232
M. eberendsen@bs-anne-frank.de
→ [bs-anne-frank.de](https://www.bs-anne-frank.de)

Hansaallee 150 |
60320 Frankfurt am Main